

DEMOKON – Research Paper II

Energiewende? - ja! Aber...

Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung



Simon Teune, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider,
Fritz Reusswig, Wiebke Lass

Potsdam und Mönchengladbach, August 2021

Inhalt

1. Die Energiewende - Grundsätzlich gewollt, aber in der Umsetzung kritisiert	4
2. Methode: Wie wurde die Befragung durchgeführt?	6
3. Ergebnisse: Kritik und Konflikte um die Energiewende	8
4. Fazit: Die Energiewende ist weniger umstritten als gedacht	20
5. Literatur	22

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Wie stehen Sie persönlich zur Energiewende?	8
Abbildung 2: Anteil der mit der Umsetzung der Energiewende im Bundesland Zufriedenen	9
Abbildung 3: Vier Typen der Grundhaltung zur Energiewende und ihrer Umsetzung.....	10
Abbildung 4: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende nach Grundhaltung	11
Abbildung 5: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende in verschiedenen Gruppen	12
Abbildung 6: Zustimmung zu Kritik an der Energiewende	13
Abbildung 7: Haltung zur Energiewende in verschiedenen Gruppen	14
Abbildung 8: Differenz zwischen wahrgenommener und selbst angegebener Ablehnung von Energiewendemaßnahmen in betroffenen Regionen	17
Abbildung 9: Gab oder gibt es Meinungsverschiedenheiten um das Energiewendeprojekt in Ihrer Kommune?.....	18
Abbildung 10: Sorgen mit Bezug zu Energiewendekonflikten in Deutschland.....	19

Kernbotschaften

- Die deutliche Mehrheit in Deutschland befürwortet die Energiewende. Dies bestätigt eine repräsentative Online-Befragung im Rahmen des Projektes „Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende“ (DEMOKON). Demnach befürworten 70 Prozent der im Frühsommer 2021 durch das Befragungsinstitut Forsa Interviewten die Energiewende grundsätzlich, lediglich 8 Prozent lehnen die Energiewende ab, die übrigen stehen ihr ambivalent gegenüber.
- Doch auch die Befürworter:innen der Energiewende und die Ambivalenten äußern deutliche Kritik an der Umsetzung der Energiewende. Sie fordern eine schnellere und dezentrale Energiewende, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und eine gerechte Verteilung der Lasten.
- Energiewendegegner:innen, die die Transformation generell ablehnen, stimmen mit den letzten beiden Kritikpunkten mehrheitlich überein, sie kritisieren darüber hinaus umgekehrt das Tempo als zu hoch, sie sehen außerdem Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit gefährdet.
- Zustimmung und Ablehnung der Energiewende sowie der Maßnahmen und Technologien, die mit ihr verbunden sind, werden am besten über politische Lager und die (Un)Zufriedenheit mit dem politischen System erklärt. Die Befürworter:innen der Energiewende, die mit der Umsetzung unzufrieden sind, stehen vor allem den Parteien „Bündnis 90/ Die Grünen“ und „Die Linke“ nah.
- Der Anteil der Gegner:innen der Energiewende ist unter den Befragten am höchsten, die sich selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte einordnen, die der AfD oder (in geringerem Ausmaß) der FDP nahestehen sowie bei Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland überhaupt nicht zufrieden sind.
- Die Energiewende wird von den unter 30-jährigen insgesamt besser bewertet, aber auch mit mehr Nachdruck mit Blick auf ihre Umsetzung kritisiert. Alle Altersgruppen wünschen sich z.B. mehrheitlich eine schnellere Umsetzung der Energiewende, aber Jugendliche und junge Erwachsene drängen am stärksten auf ein höheres Tempo. Der Ausbau erneuerbarer Energien trifft in dieser Altersgruppe kaum auf Widerstand.
- Unterschiede zwischen Stadt und Land, Einkommensunterschiede oder der Bildungsabschluss haben nur einen geringen Einfluss auf die Bewertung der Energiewende und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung.
- Auch wenn nur wenige Menschen die Energiewende grundsätzlich ablehnen, wird deren Umsetzung als konfliktreich wahrgenommen. Dabei wird die Ablehnung von Energiewendemaßnahmen – wie dem Ausbau von Windkraftanlagen und Überlandstromleitungen oder die Ablehnung des Kohleausstiegs im Wohnort und im eigenen Freundeskreis – stark überschätzt.
- Die Menschen nehmen die Stimmung als deutlich negativer wahr, als sie mit Blick auf den Durchschnitt der Angaben der Befragten tatsächlich ist. Das gilt insbesondere für Regionen, in denen Windkraftanlagen geplant und gebaut werden, aber auch für die Braunkohleregion Lausitz.

1. Die Energiewende - Grundsätzlich gewollt, aber in der Umsetzung kritisiert

Ein einleitender Blick auf den aktuellen Forschungsstand zeigt: Der Umbau der Energieversorgung von fossilen und nuklearen Energieträgern zu erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind und Biomasse wird im Grundsatz von einer großen Mehrheit in Deutschland unterstützt (Sonnberger & Ruddat 2016; Rubik et al. 2019; Römer & Steinbrecher 2020; Setton 2020; Agentur für Erneuerbare Energien 2021; Wolf et al. 2021). Doch wie jede gesellschaftliche Transformation ist auch die Energiewende von Kritik begleitet und mit Konflikten verbunden. Kritik kommt aus unterschiedlichen Richtungen: Auf der einen Seite steht eine deutlich größere Gruppe, die die Klimakrise als ein zentrales, existentielles Thema betrachtet und denen die Maßnahmen zum Klimaschutz einschließlich der Umstellung auf erneuerbare Energien nicht schnell und umfassend genug verlaufen. Auf der anderen Seite steht eine kleine Gruppe, für die Klimaveränderungen weniger relevant sind und die den Umbau der Energieversorgung für falsch hält. Dazwischen finden sich Positionen, die den Umbau aus verschiedenen Gründen als problematisch wahrnehmen oder die kein eindeutiges Urteil dazu abgeben.

Konflikte um den Umbau der Energieversorgung – sichtbar z.B. als offener Streit, Protest oder Klagen vor Gericht – lassen sich vor allem dort beobachten, wo mit der Energiewende verbundene Projekte lokal umgesetzt werden: z.B. beim Neubau von Windkraftanlagen und Überlandstromleitungen (Marg et al. 2013; Becker et al. 2016; Reusswig et al. 2016; Hoeft et al. 2017; Weber 2018) oder beim Kohleausstieg in den unmittelbar betroffenen Regionen (Haas 2020). Hier treffen die unterschiedlichen Haltungen zur Energiewende aufeinander und werden durch kollektive Akteure, Bürgerinitiativen, Protestgruppen und Parteien organisiert.

Dabei spielen sachbezogene Kritik am konkreten Projekt und grundsätzliche Haltungen eine Rolle. Umweltverbänden und Klimagerechtigkeitsinitiativen drängten mit Klagen gegen Kraftwerke und zivilem Ungehorsam beim Kohleausstieg auf ein höheres Tempo (Sander 2016). Klimaskeptiker streuen hingegen Zweifel an der Notwendigkeit des energiepolitischen Umbaus (Brunnengräber 2013) und populistische Akteure nutzen die Energiewende, um aus zuvor bestehendem oder im lokalen Konflikt neu entstandenem Misstrauen politisches Kapital zu schlagen (Reusswig et al. 2017, Eichenauer et al. 2018; Fraune et al. 2018, Radtke et al. 2019).

Diese Konflikte sind Gegenstand des Forschungsprojektes „Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende“ (DEMOKON).¹ Das Ziel des Projektes ist es, die mit der Energiewende einhergehenden Konflikte und die darin zu beobachtenden Strategien und Dynamiken besser zu verstehen und Vorschläge für eine an demokratischen Werten ausgerichtete Aushandlung der Konflikte abzuleiten. Damit soll letztlich auch eine gesellschaftlich breit getragene und von den Bürger:innen mitgestaltete Transformation befördert werden. In einem interdisziplinären Team, das verschiedene Forschungsmethoden kombi-

¹ Das Demokon-Projekt läuft von 2019 bis 2022. Es wird von der Stiftung Mercator gefördert. Auf der Projektwebseite <http://demokon.de> finden sich auch weitere Ergebnisse in Form von Forschungs- und Politikpapieren.

niert, erforscht das Projekt Einstellungen und Handlungen der an den Konflikten beteiligten Akteure, ihre Motive, Begründungsmuster und Interaktionsformen. Dazu betrachten wir lokale Auseinandersetzungen um den Neu- bzw. Ausbau von Windkraftanlagen und Überlandstromtrassen sowie um den Kohleausstieg. Die vertiefenden qualitativen Analysen in ausgewählten Konfliktregionen werden ergänzt durch eine quantitative Befragung, die sowohl bundesweit repräsentativ angelegt ist als auch ausgewählte Konfliktregionen fokussiert.

Erste Ergebnisse aus dieser quantitativen Befragung werden hier vorgestellt, weitere Berichte werden folgen. Der erste Überblick ist an den folgenden Fragen orientiert: Wie ist die Haltung der Menschen in Deutschland zur Energiewende und wie schätzen sie Konflikte um konkrete Energiewendeprojekte ein? Welche Bereiche der Energiewende sind mehr, welche weniger umstritten, welche Kritik wird von wem geäußert? Worüber gibt es Dissens und worüber große Einigkeit?

2. Methode: Wie wurde die Befragung durchgeführt?

Die hier vorgestellten Erkenntnisse basieren auf einer Bevölkerungsumfrage, die als Onlineerhebung von Forsa auf Basis des forsa.omninet-Panels durchgeführt wurde. Im forsa.omninet-Panel sind ca. 100.000 Personen registriert, die sich grundsätzlich bereit erklären, regelmäßig für Befragungen zur Verfügung zu stehen. Um potenzielle Teilnehmende zu gewinnen, werden laufend Personen nach einer Zufallsauswahl (dem ADM-Telefonstichproben-System) per Telefon angesprochen und zur Beteiligung eingeladen. Mit dem Auswahlprozess wird zum einen eine Zufallsauswahl nach bewährten Verfahren umgesetzt. Zum anderen sind auch Internet-Wenignutzer bzw. Teil-Offliner (z.B. Personen, die nur E-Mail, aber keine anderen Online-Dienste nutzen) im Panel vertreten. Nicht abgedeckt ist die Gruppe derjenigen, die das Internet überhaupt nicht nutzen.² Durch die Nutzung eines vorhandenen Panels ist der Anteil der angesprochenen Personen, die sich an der Befragung beteiligen, deutlich höher als bei anderen Methoden der Onlinebefragung. Das forsa.omninet-Panel wurde auch ausgewählt, weil für das Frühjahr 2022 eine zweite Befragungswelle in den Konfliktregionen geplant ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Befragten an einer zweiten Befragungswelle beteiligen, ist durch die Rekrutierungsmethode und die regelmäßige Ansprache bei forsa-omninet sehr hoch.

Für eine bundesweite Befragung, die für das Internet nutzende Personen in deutschen Privathaushalten ab 16 Jahren repräsentativ ist, wurden im Zeitraum vom 12. bis 28. Mai 2021 5.500 Personen aus dem forsa.omninet-Panel zufällig ausgewählt, zur Befragung eingeladen und gegebenenfalls erinnert. Gleichzeitig wurden Personen zur Befragung eingeladen, die in einer Region wohnen, in der Windkraftwerke und Überlandstromtrassen neu oder ausgebaut werden, oder in der Braunkohle abgebaut wird. Hier wurden 1.000 (Wind), 920 (Stromleitungen), 998 (Kohle Lausitz) und 1.000 Personen (Kohle Rheinisches Revier) zur Befragung eingeladen.³ Vollständig ausgefüllt wurde der Fragebogen von bundesweit 2.013 Personen, in den Konfliktregionen von 503 (Wind), 504 (Stromleitungen), 503 (Kohle Lausitz) und 505 Personen (Kohle Rheinisches Revier). Dies entspricht einer Rücklaufquote von 37 Prozent für die bundesweite Stichprobe und 50 bis 55 Prozent in den Konfliktregionen.

² Das waren 2020 sechs Prozent der Gesamtbevölkerung, vor allem in den älteren Jahrgängen. Während die Internetnutzung bei den unter 50-Jährigen mittlerweile bei 100 Prozent liegt, sinkt sie in der Altersgruppe ab 70 Jahre bis auf 75 Prozent (Beisch & Schäfer 2020)

³ Da in der Lausitz und in den Regionen in der Nähe von Überlandstromleitungen nicht ausreichend Personen im forsa.omninet-Panel vertreten waren, um eine Zufallsauswahl zu realisieren, wurden hier alle registrierten Panelteilnehmenden eingeladen. Während die Kohleregionen zusammenhängende Gebiete sind, wurden als Wind- und Stromregionen Städte, Gemeinden und Landkreise ausgewählt, in deren unmittelbarer Nachbarschaft neue Windkraftanlagen genehmigt wurden, bzw. schon in Bau sind. Diese Regionen finden sich in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Die Stromregionen wurden entlang der geplanten Streckenführung für die Ultranet- und die Juraleitungen ausgewählt. Sie befinden sich in Bayern (Juraleitung), Nordrhein-Westfalen, und Rheinland-Pfalz (Ultranet). Die Auswahl der Regionen orientierte sich unter anderem an den im Projekt parallel laufenden Tiefenanalysen in den gleichen Themenfeldern.

Nach den Merkmalen Geschlecht, Alter und Einkommen kann die bundesweite Stichprobe für die Gesamtbevölkerung als repräsentativ betrachtet werden. Männer, ältere Jahrgänge und mittlere Einkommen sind allerdings leicht überrepräsentiert. Die Erhebung in den Regionen erfüllt die Kriterien der Repräsentativität nicht. Zum einen ist dort die Grundgesamtheit nur mit erhöhtem Aufwand zu ermitteln, da sich die Regionen aus einzelnen Städten, Gemeinden und Landkreisen in verschiedenen Bundesländern zusammensetzen. Zum anderen ist durch die geringere Auswahl in den Regionen eine Korrektur der Stichprobe schwerer umzusetzen, die erreicht werden kann, indem nur unterrepräsentierte Gruppen an die Einladung zur Teilnahme erinnert werden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist die Stichprobe in den Konfliktregionen deutlich höher gebildet, älter und stärker von Männern dominiert. Für den Vergleich von Regionen werden daher demographische Variablen kontrolliert.

Der Fragebogen enthielt Fragen zur Einschätzung der Energiewende wie auch Wahrnehmungen und Erfahrungen mit Konflikten in Zusammenhang mit Energiewendevorhaben. Darüber hinaus wurde die Meinung zu weiterführenden Themen erhoben, darunter allgemeine politische Einstellungen, das Vertrauen in Institutionen sowie zivilgesellschaftliches Engagement. Ergänzend wurden einige zentrale soziodemografische Merkmale erfasst. Der Fragebogen beruht zu großen Teilen auf bewährten Erhebungsinstrumenten, darunter das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer zu Fragen rund um Klima, Umwelt und Energiewende (Setton 2020; Wolf et al. 2021) und die Mitte-Studie zu antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland (Zick & Küpper 2021), sowie weiteren statistisch gut abgesicherten Fragen aus anderen Studien. Der Fragebogen wurde in zwei Durchgängen quantitativ und in Interviews qualitativ vorgetestet.

Die folgenden Ergebnisse zeigen die ungewichteten Berechnungen auf Grundlage der bundesweiten Stichprobe, wenn es um allgemeine Aussagen zur Energiewende geht. Aussagen zur Situation in den Konfliktregionen beruhen auf den regionalen Stichproben.

3. Ergebnisse: Kritik und Konflikte um die Energiewende

Die Ergebnisse werden im Folgenden anhand von 9 Befunden rund um Zustimmung, Kritik und Konflikte um die Energiewende und ihre Umsetzung dargestellt. Weitere Auswertungen dieser und weiterer Daten werden folgen.

Befund 1: Hohe generelle Unterstützung der Energiewende

Die generelle Unterstützung in der Bevölkerung für eine Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf erneuerbare Energieträger bestätigt sich auch in unserer Studie: 70 Prozent der Befragten befürworteten die Energiewende grundsätzlich, nur acht Prozent lehnen sie mehr oder weniger deutlich ab, etwa ein Fünftel bleibt ambivalent (s. Abbildung 1).⁴

Wie die Energiewende *umgesetzt* wird, sehen die Menschen dagegen deutlich kritischer. Allgemein nach einem Urteil zur Umsetzung der Energiewende gefragt, gibt weniger als ein Prozent der Befragten an, sehr zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung zu sein. Zwölf Prozent sind eher zufrieden. Etwas weniger als ein Drittel äußert sich ambivalent und mehr als die Hälfte der Befragten ist mit der Umsetzung der Energiewende eher (41 Prozent) oder sehr (14 Prozent) unzufrieden.

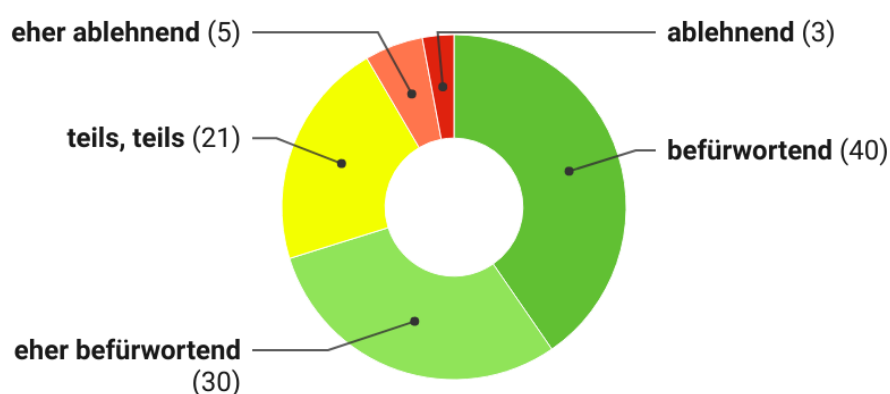
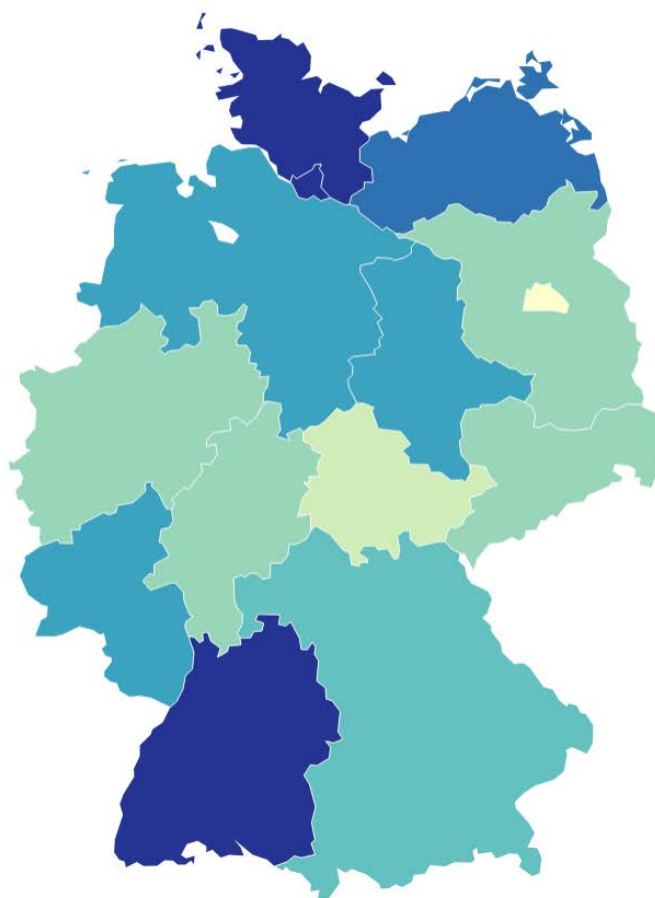


Abbildung 1: Wie stehen Sie persönlich zur Energiewende? Bundesweite Befragung (N=2.003), Angaben in Prozent.

⁴ Die noch höheren Zustimmungswerte in anderen Befragungen, sind auf die jeweilige Fragestellung zurückzuführen. Die Agentur für Erneuerbare Energien fragt z.B. als wie wichtig die „stärkere Nutzung und Ausbau von Erneuerbaren Energien“ angesehen werden. 86 Prozent antworten mit wichtig oder sehr wichtig (AEE 2021). In unserer Befragung wurde eine allgemeine Haltung zur Energiewende abgefragt, die im Einleitungstext wie folgt beschrieben wurde: „Umstellung der Energieversorgung von der überwiegenden Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas zu erneuerbaren Energieträgern wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Es geht also vor allem um die Erzeugung von Strom und Wärme, aber auch um den Antrieb von Fahrzeugen.“



Abbildung 2: Anteil der mit der Umsetzung der Energiewende im Bundesland Zufriedenen (in Prozent). In Bremen und im Saarland unter 30 Befragte. Bundesweite Befragung und regionale Befragungen (N=3.994)



Größere Unterschiede zeigen sich in der energiepolitischen Bewertung der Landesregierungen (s. Abbildung 2). Während in Schleswig-Holstein, Hamburg und Baden-Württemberg mehr als ein Viertel der Befragten mit der Arbeit ihrer Landesregierung zufrieden sind (dunkle Einfärbung), äußern sich die Bewohner:innen von Berlin, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen deutlich seltener positiv (helle Einfärbung).

Es zeigt sich, dass die Bewertung nicht an einer bestimmten Parteienkonstellation in der Regierung festgemacht werden kann. Die Grünen zum Beispiel tragen sowohl in den am besten als auch in den am schlechtesten bewerteten Landesregierungen Verantwortung.

In diese allgemeine Beurteilung der Energiewende können Wahrnehmungen aus unterschiedlichen Bereichen einfließen wie die Nutzung verschiedener Technologien (z.B. Windkraft, Biomasse oder Solaranlagen), die räumliche Umsetzung (welche Anlagen werden wo gebaut?) oder energiepolitische Instrumente (z.B. das Erneuerbare-Energien-Gesetz, eine CO₂-Steuer) können dabei genauso eine Rolle spielen wie das Tempo der Umsetzung, die damit verbundenen Kosten, die gerechte Verteilung von Lasten oder die ökologischen Folgen der Energiewende. Diese Aspekte werden unten noch einmal genauer betrachtet.

Befund 2: Kritik von mehreren Seiten - Grundhaltungen zur Energiewende und ihrer Umsetzung

Die grundsätzliche **Haltung zur Energiewende und die Bewertung ihrer Umsetzung** (auf der Bundesebene) lassen sich in vier unterschiedlichen Grundtypen abbilden:⁵

- **Die Zufriedenen** befürworten die Energiewende und sind auch mit deren Umsetzung zufrieden.
- **Die Unzufriedenen** (genauer: „Umsetzungs-Unzufriedenen“) befürworten ebenfalls die Energiewende, sie melden gleichzeitig aber Kritik an deren Umsetzung an; diese kann aus unterschiedlichen Richtungen erfolgen.
- **Die Ambivalenten** sind entweder in Bezug auf die Energiewende oder auf deren Umsetzung unschlüssig. In diese Kategorie fallen also alle, die zumindest auf einer Achse keine eindeutige Position haben.
- **Die Gegner:innen** lehnen die Energiewende grundsätzlich ab und machen das auch in der kritischen Bewertung der Umsetzung deutlich.

In unserer Befragung verteilen sich diese Typen wie in Abbildung 3 zu sehen. Die größten Gruppen sind die Ambivalenten und die Unzufriedenen, mit deutlichem Abstand folgen die Zufriedenen und die Energiewendegegner:innen. In der Kategorie der Ambivalenten finden sich nur wenige (3 Prozent innerhalb dieser Kategorie), die die Energiewende ablehnen und in Bezug auf die Umsetzung unschlüssig sind. Dagegen befürworten 47 Prozent die Energiewende, landen aber in der Kategorie, weil sie in Bezug auf die Umsetzung ambivalent sind. Die Hälfte der Befragten in der Gruppe der Ambivalenten hat sich noch kein abschließendes Urteil zur Energiewende gebildet.

Kombiniert man die Fragen nach der Zustimmung zur Energiewende im Allgemeinen und zu ihrer Umsetzung ergibt sich also ein differenzierteres Bild. Die hohen generellen Zustimmungswerte werden oft auch als Akzeptanz für die Energiewende als Ganzes interpretiert. Diese Wahrnehmung verdeckt insbesondere den hohen Anteil derer, die die konkreten Schritte zur Umsetzung kritisch sehen und Nachbesserung fordern. Nur jede:r zehnte befürwortet die Energiewende in der Form, wie sie zurzeit umgesetzt wird (die Zufriedenen). Viele sind mit

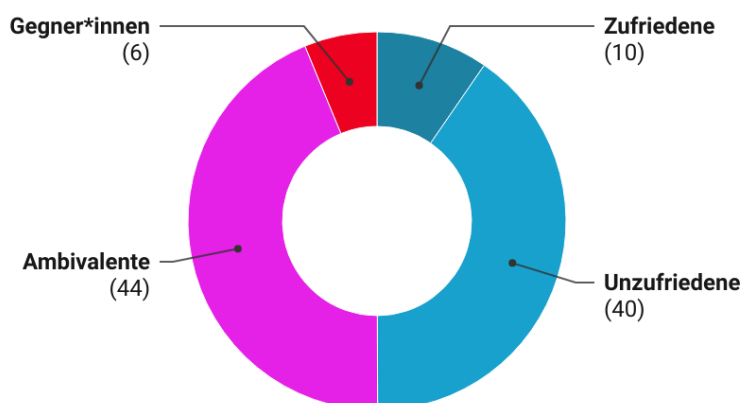


Abbildung 3: Vier Typen der Grundhaltung zur Energiewende und ihrer Umsetzung, bundesweite Befragung (N=1.978)

⁵ Die Gruppe, die die Energiewende ablehnt, deren Umsetzung aber befürwortet, ist hier nicht berücksichtigt. Diese Kombination findet sich bei einem halben Prozent der Befragten. Um sie in statistischen Analysen genauer zu beschreiben, ist diese Gruppe zu klein.

der jetzigen Form der Umsetzung unzufrieden oder unschlussig und eine kleine Gruppe lehnt das Transformationsprojekt und die Schritte in diese Richtung grundsätzlich ab. Im nachfolgenden Abschnitt wird ein genauerer Blick darauf geworfen, welche Kritik die verschiedenen Typen gegen die Energiewende vorbringen und wie sie sich zusammensetzen.

Befund 3: Alle außer den Gegner:innen fordern ein höheres Tempo bei der Energiewende

Die unterschiedlichen Grundhaltungen zur Energiewende schlagen sich auch in der Wahrnehmung ihrer Umsetzung nieder. Die Befragten wurden gebeten, auf einer Skala zwischen zwei gegensätzlichen Adjektiven einzuordnen, wie sie die Umsetzung der Energiewende sehen.⁶ Für die folgende Darstellung wurden drei Gegensatzpaare ausgewählt, die für die Einschätzung der Energiewende besonders zentral scheinen und in Politik und Öffentlichkeit viel diskutiert werden: Tempo, Kosten und Gerechtigkeit (s. Abbildung 4).⁷ Dieses semantische Differenzial ist bereits im sozialen Nachhaltigkeitsbarometer erprobt worden (Setton 2020).

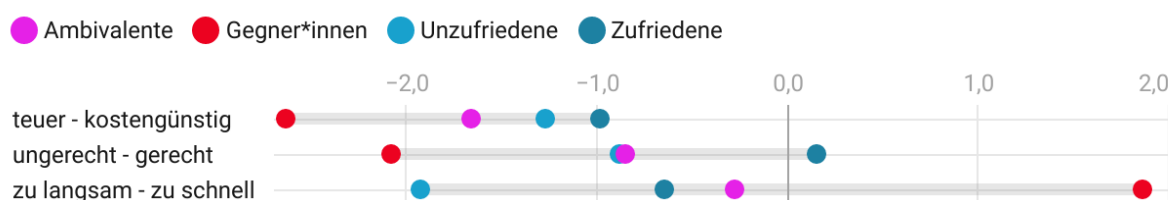


Abbildung 4: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende nach Grundhaltung. Mittelwerte auf einer siebenstufigen Skala. Bundesweite Befragung (N=1.978)

Die Gruppe der Gegner:innen äußert sich zu allen Gegensatzpaaren besonders pointiert und mit deutlichem Abstand zu den anderen Gruppen. Sie empfindet die Energiewende als sehr teuer, sehr ungerecht und viel zu schnell. Auch die anderen Typen nehmen die Energiewende eher als teuer wahr und sehen mit Bezug auf Gerechtigkeit Verbesserungsbedarf, wählen hier aber weniger extreme Antwortmöglichkeiten. Die einzige verhalten positive Einschätzung stammt von den Zufriedenen, die die Energiewende weder als gerecht noch als ungerecht wahrnehmen. Die größten Unterschiede zeigen sich in der Beurteilung der Geschwindigkeit, mit der die Energiewende umgesetzt wird. Hier drängen vor allem die Unzufriedenen auf ein höheres Tempo, aber auch die Zufriedenen und die Ambivalenten sehen die Umsetzung als zu langsam an.

⁶ Die Frage lautete: „Im Folgenden sehen Sie eine Liste mit verschiedenen Eigenschaftspaaren. Bitte markieren Sie jeweils, wie Sie ganz spontan die Umsetzung der Energiewende in Deutschland bewerten würden.“

⁷ Die anderen Gegensatzpaare waren: bürgernah-elitär, geplant-chaotisch und transparent-intransparent.

Befund 4: Luft nach oben - Die überwiegende Mehrheit sieht die Umsetzung der Energiewende als zu langsam und ungerecht an.

Auch in Bezug auf das Alter und die eigene politische Positionierung zeigen sich in der Bewertung der Umsetzung der Energiewende zum Teil deutliche Unterschiede. Insgesamt werden der Umsetzung der Energiewende eher negative Eigenschaften zugeschrieben (s. Abbildung 5). Umstritten ist – wie auch zwischen den verschiedenen Grundhaltungen – die Einschätzung des richtigen Tempos für die Energiewende. Die Kritik geht in beide Richtungen, jedoch mit unterschiedlichen Gewichtungen: Nur einem Fünftel der Befragten geht die Umsetzung der Energiewende zu schnell. Drei Fünftel empfinden den Wandel als zu langsam. Wie die Abbildung zeigt, gilt das besonders für die Befragten unter 30 Jahren und diejenigen, die sich politisch links der Mitte einordnen. Zu schnell geht es dagegen den Menschen am anderen Ende des politischen Spektrums.

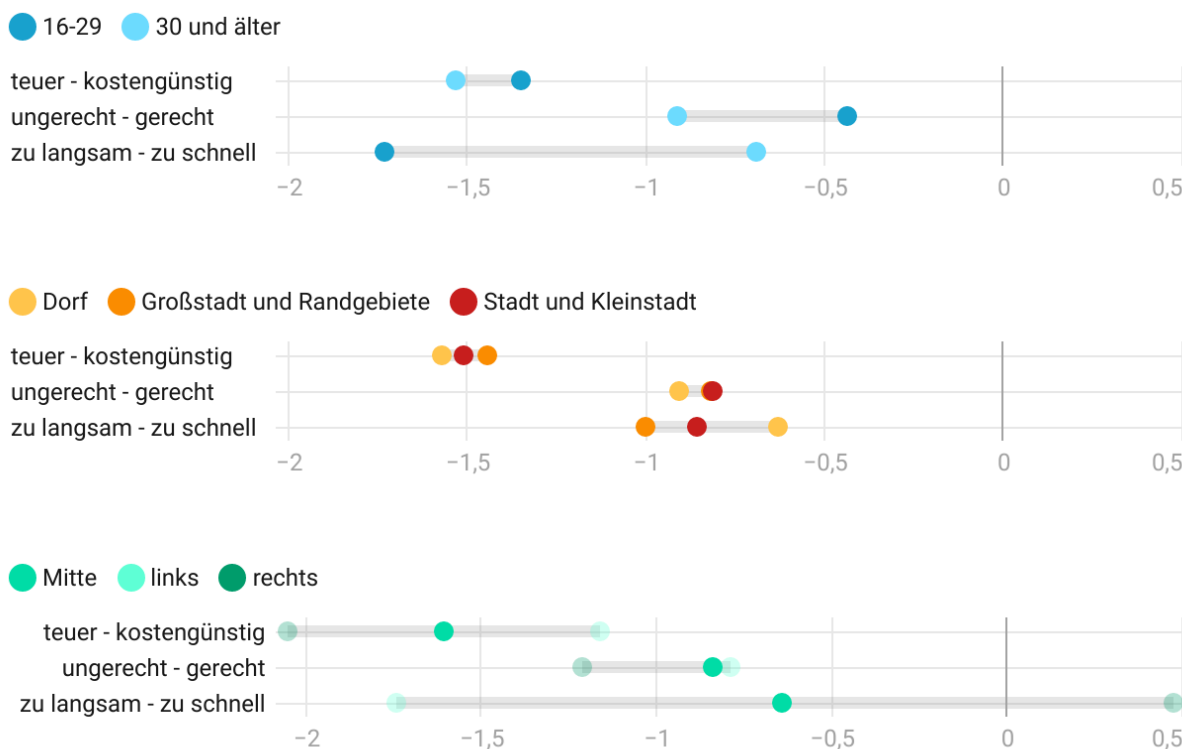


Abbildung 5: Adjektive zur Umsetzung der Energiewende in verschiedenen Gruppen. Bundesweite Befragung (N=2.013).

Wer sich politisch rechts der Mitte einordnet, betont auch am stärksten die Kosten als Problem der Energiewende und empfindet das Projekt als ungerechter als andere Befragte. Auch hier zeigen sich größere Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Die unter 30-jährigen bewerten die Energiewende als weniger teuer und ungerecht, womöglich auch mit Blick auf die Kosten für zukünftige Generationen. Die Unterschiede zwischen Siedlungsräumen wie Dorf, Kleinstadt, Stadt und Großstadt sind für alle Dimensionen gering. Nur in

Bezug auf das Tempo drängen die Befragten, die in oder am Rande von Städten wohnen, etwas stärker auf eine Beschleunigung, ansonsten unterscheiden sich Personen, die in der Großstadt leben kaum von jenen in mittleren Städten oder auf dem Land.

Befund 5: Unzufriedene und Gegner:innen fordern mehr Beteiligung und Gerechtigkeit ein

Um der Frage nachzugehen, wie verbreitet einzelne Kritikpunkte an der Umsetzung der Energiewende sind, wurde allen Befragten, die mit der Umsetzung der Energiewende nach eigenen Angaben nicht voll und ganz zufrieden sind, eine Liste mit Argumenten vorgelegt. Auf einer einer fünfstufigen Skala konnten Sie ihre Zustimmung oder Ablehnung zu den einzelnen Aussagen angeben (s. Abbildung 6).

Über alle Befragten hinweg bemängelt mehr als die Hälfte die Vernachlässigung dezentraler Lösungen für die Energiewende (66 Prozent Zustimmung) und mangelhafte Bürgerbeteiligung (56 Prozent), etwas weniger als die Hälfte das Ausklammern sozialer Gerechtigkeit (49) und die Vernachlässigung von Landschafts- und Naturschutz (43). Eine Minderheit kritisiert mögliche Versorgungslücken (29 Prozent) oder den Verlust von Arbeitsplätzen durch die Energiewende (25 Prozent).

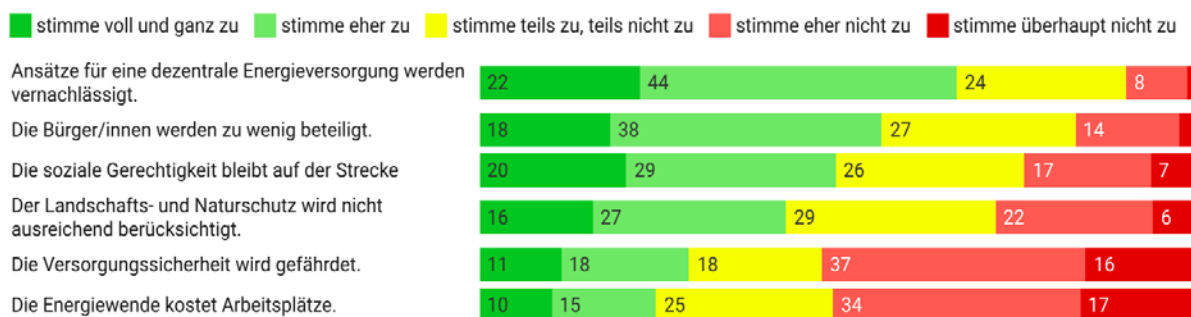


Abbildung 6: Zustimmung zu Kritik an der Energiewende. Bundesweite Befragung (N=2.013)

Die Gegner:innen stechen dadurch hervor, dass sie bei allen Kritikpunkten die entschiedenste Zustimmung zeigen, d.h. die höchsten Werte in der Kategorie „stimme voll und ganz zu“. In dieser Gruppe ist insbesondere die Sorge um Versorgungssicherheit zustimmungsfähig (83 Prozent stimmen eher oder voll und ganz zu), wie auch die Kritik zu sozialer Gerechtigkeit (79 Prozent) und Arbeitsplätzen (73 Prozent). Soziale Gerechtigkeit ist auch für die Ambivalenten (52 Prozent) und die Unzufriedenen (42 Prozent) ein häufig geteilter Kritikpunkt. Einig sind sich Unzufriedene (58 Prozent) und Gegner:innen (69 Prozent) auch in der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung. Etwas geringer ist in beiden Gruppen (44 Prozent unter den Unzufriedenen, 42 Prozent unter den Gegner:innen) die Forderung nach mehr Raum für Landschafts- und Naturschutz in der Energiewende.

Eine ganze Reihe von Kritikpunkten an der Energiewende wird also gleichermaßen von denen geteilt, die sie grundsätzlich befürworten als auch von jenen, die ihre generell ablehnend gegenüberstehen. Mit Blick auf Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit gehen die Meinungen hingegen deutlich auseinander. Diese beiden Aspekte werden vor allem von

den Gegner:innen vorgebracht. In der Gruppe der Ambivalenten wird diese Kritik von etwa einem Drittel der Befragten geteilt. Von den Zufriedenen und noch deutlicher von den Unzufriedenen teilen nur wenige diese beiden möglichen Kritikpunkte an der Energiewende.

Befund 6: Die Gegnerschaft zur Energiewende ist politisch überformt

Die Grundhaltungen zur Energiewende sind nicht über alle Bevölkerungsgruppen gleich verteilt (s. Abbildung 7). Kleinere Unterschiede finden sich zwischen den Einkommensgruppen (nicht abgebildet). Der Bildungsabschluss macht zumindest für zwei Typen einen Unterschied: Unter den Befragten mit Hochschulreife bilden die Unzufriedenen die größte Gruppe, unter den Befragten ohne Hochschulreife ist die Ambivalenz die vorherrschende Grundhaltung.

Größere Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf Alter und Geschlecht. Unter Männern ist der Anteil der Energiewendegegner doppelt so hoch wie unter Frauen. Diese sind dagegen häufiger ambivalent. Unter den jüngeren Befragten unter 30 ist deutlich mehr als die

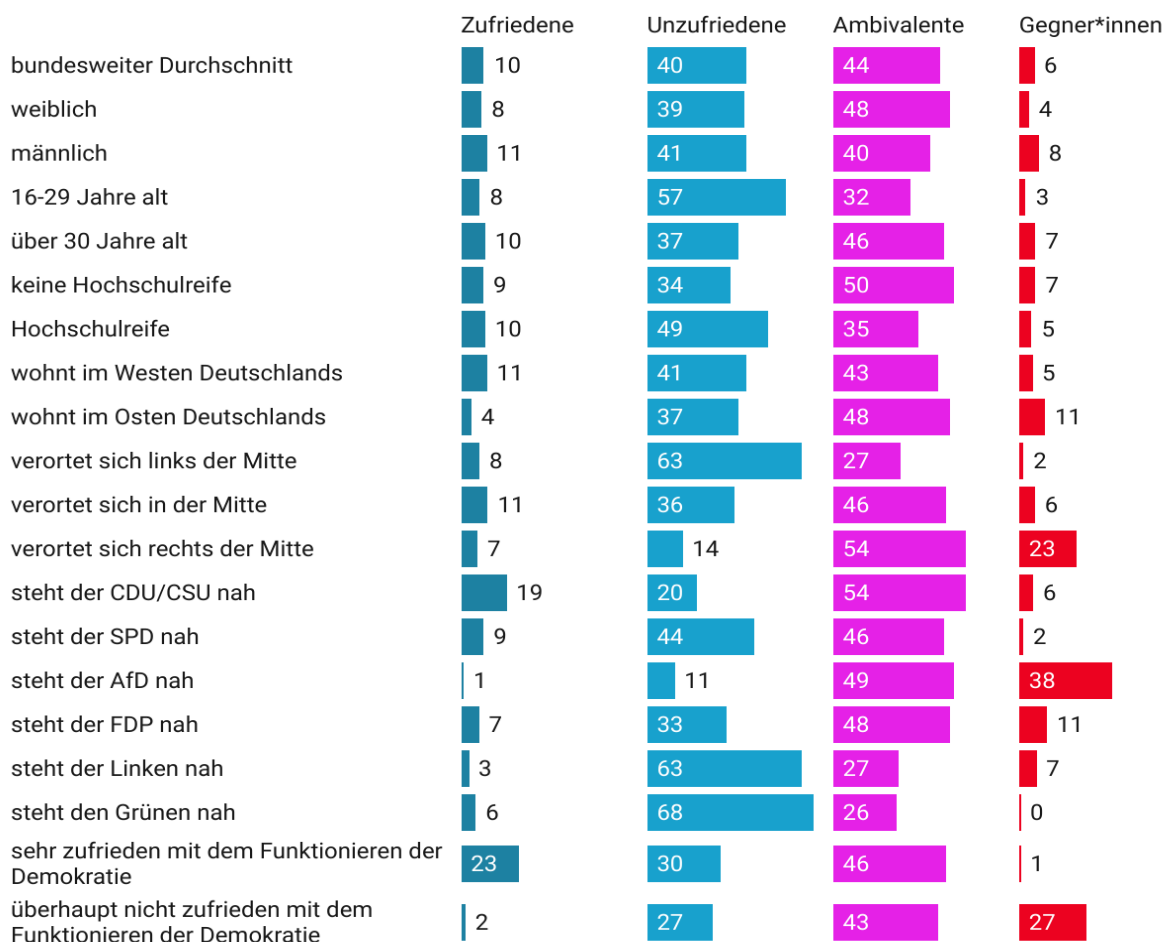


Abbildung 7: Haltung zur Energiewende in verschiedenen Gruppen (Angaben in Prozent). Bundesweite Befragung (N=1.978)

Hälfte unzufrieden. Sie fallen zudem seltener in die Gruppe der Gegner:innen als die Befragten, die älter sind. Für regionale Merkmale ergibt es ein durchmischtes Bild: In Ostdeutschland (incl. Berlin) ist die Gegnerschaft zur Energiewende doppelt so stark wie in Westdeutschland, wo die Gruppe der Zufriedenen deutlich größer ist. Stadt und Land hingegen unterscheiden sich nicht signifikant (nicht abgebildet).

Die größten Abweichungen in der Grundhaltung zur Energiewende finden sich aber, wenn man die Befragten nach ihren politischen Einstellungen unterscheidet. Dabei bestätigt sich, was bereits aus anderen Studien bekannt ist (u.a. Setton 2020: 192f.): Generelle Unzufriedenheit mit dem politischen System und eine (partei-)politisch geprägte Haltung übertragen sich auf die Wahrnehmung und Beurteilung der Energiewende.

Unter denen, die mit dem Funktionieren der Demokratie überhaupt nicht zufrieden sind, liegt der Anteil der Energiewendegegner:innen vierfach über dem bundesweiten Durchschnitt. Wer sich selbst politisch rechts der Mitte verortet, lehnt die Energiewende mit ähnlich hoher Wahrscheinlichkeit ab.⁸ Unter den Befragten, die angaben, der AfD nahe zu stehen, findet sich der Spitzenwert: zwei Fünftel sind in dieser Gruppe in Opposition zur Energiewende. Aber auch unter den Anhänger:innen der FDP lehnen doppelt so viele Befragte die Energiewende grundsätzlich ab wie im bundesweiten Durchschnitt. Im Umfeld dieser Parteien wie auch der Union ist auch der Anteil der Ambivalenten am größten.

Die unzufriedenen Unterstützer:innen der Energiewende finden sich dagegen häufiger unter den Befragten, die sich im politischen Spektrum links der Mitte einordnen und die den Grünen oder den Linken nahestehen. Zufrieden mit der Energiewende und ihrer Umsetzung sind schließlich vor allem diejenigen, die allgemein mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind sowie Anhänger:innen der Unionsparteien.

Befund 7: Politische Lager und Altersgruppen beurteilen Ausbau von Windkraft und Ausstieg aus der Atomenergie unterschiedlich

Während bei allgemeinen Aussagen zur Energiewende und ihrer Umsetzung offen bleibt, was die Befragten genau darunter verstehen, ist die Einschätzung zu einzelnen Maßnahmen und Technologien, die mit der Energiewende verbunden sind, aussagekräftiger. Zu diesen Maßnahmen gehören der Ausstieg aus der Atomkraft, der Ausbau erneuerbarer Energien und der Stromnetzausbau.

Auch hier zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei der Befürwortung der Energiewende insgesamt: Nur eine Minderheit, allerdings eine größere Minderheit, spricht sich gegen diese Vorhaben aus. Jede:r zehnte ist gegen den Kohleausstieg, jede:r sechste gegen den Ausbau von Windkraftanlagen an Land und jede:r fünfte gegen den Atomausstieg. Besonders wenig Unterstützung erhält der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor als Antriebstechnik.

⁸ Der Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Bewertung der Energiewende sagt noch nichts über die Richtung aus. Es ist auch denkbar, dass die Unzufriedenheit mit der Energiewende zu größerem Misstrauen und der Abwendung von den Parteien führt, die die Energiewende vorantreiben, bzw. am anderen Ende des Spektrums, zu einer Hinwendung zu den Parteien, von denen man sich die größten Fortschritte verspricht.

Dagegen sprechen sich 40 Prozent aus, 30 Prozent dafür. Weniger umstritten sind auf Dächern installierte Solaranlagen (4 Prozent Ablehnung), der Stromnetzausbau (7 Prozent) und Offshore Wind (9 Prozent). Ähnlich umstritten wie die Windkraft an Land sind Freiflächensolaranlagen (15 Prozent Ablehnung) und Biogasanlagen (14 Prozent). Wie die Energiewende technisch umgesetzt werden soll, ist also in Teilen umstrittener als das gesamtgesellschaftliche Vorhaben an sich.

In der Haltung zu Energiewendemaßnahmen und erneuerbaren Technologien lassen sich auch die unterschiedlichen Haltungstypen noch weiter konturieren. Hier befinden sich die Unzufriedenen und die Gegner:innen auf gegenüberliegenden Polen: Während die Unzufriedenen den Kohleausstieg (90 Prozent Zustimmung), den Atomausstieg (75 Prozent) und den Ausbau von Windkraftanlagen an Land (77 Prozent) unterstützen, positionieren sich die Gegner:innen klar dagegen (59 Prozent gegen Kohleausstieg, 75 Prozent gegen den Atomausstieg, 54 Prozent gegen Windkraftanlagen). Zufriedene und Ambivalente sprechen sich nicht so deutlich für die Technologien und Maßnahmen aus, finden sich aber nah an der Position der Unzufriedenen. Allerdings gibt es unter den Ambivalenten in Bezug auf alle Punkte eine Gruppe um 15 Prozent, die sich jeweils skeptisch bis ablehnend äußert.

Wie schon bei der Gegnerschaft zur Energiewende im Allgemeinen sind auch in Bezug auf Maßnahmen und Technologien politische Einstellungen der stärkste Erklärungsfaktor: 40 Prozent der FDP-Anhänger lehnen den Atomausstieg ab, unter den AfD-Anhänger:innen sind es 65 Prozent. Windkraftanlagen werden von der Hälfte der Befragten, die der AfD nahestehen, abgelehnt, bei FDP und Unionsparteien ist es knapp ein Fünftel.

In diesem Kontext zeigen sich auch zwischen den Altersgruppen deutlichere Unterschiede: der Atomausstieg wird vor allem von den älteren Befragten befürwortet (knapp zwei Drittel der über 60-jährigen). Je geringer das Alter, desto geringer fällt auch die Zustimmung zu dieser Maßnahme aus (56 Prozent bei den unter 30-jährigen). Spiegelbildlich dazu verhält sich die Bewertung der Windkraft. Deren Ausbau wird von 78 Prozent der unter 30-jährigen befürwortet. Ältere Befragte sind weniger häufig dafür. Hier liegt der Anteil zwischen 55 (45-59-jährige) und 60 Prozent (30-44- sowie über 60-jährige). Alle weiteren demographischen Merkmale spielen eine untergeordnete Rolle.

Befund 8: Die Ablehnung von Energiewendeprojekten wird in unmittelbar betroffenen Regionen überschätzt

Wie stellt sich die Situation mit Blick auf Energiewendeprojekte in Regionen dar, in denen konkrete Energiewendeprojekte umgesetzt werden? Hierfür wurden zusätzlich zu der bundesweit repräsentativen Befragung gezielt Einwohner:innen in unmittelbar von der Energiewende betroffenen Regionen befragt. Ausgewählt wurden Regionen, in denen der Neubau, bzw. Ausbau von Windkraftanlagen oder Überlandstromleitungen geplant ist, sowie das Rheinische Revier und die Lausitz, zwei Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind.

In den unmittelbar betroffenen Regionen werden die jeweils geplanten Technologien und Maßnahmen etwas kritischer gesehen als im Bundesdurchschnitt. Dort wo Windkraftanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft geplant sind, liegt die Ablehnung mit 21 Prozent über dem bundesweiten Schnitt (15 Prozent). Befragte, die bereits Anlagen in der Nachbarschaft

haben, antworten dagegen nicht anders als der Bundesdurchschnitt. Noch geringer fällt die Differenz in den vom Stromtrassenbau betroffenen Regionen (5 Prozent Differenz) sowie auch im Rheinischen Revier (3 Prozent) aus. Am deutlichsten ist der Unterschied zum bundesweiten Durchschnitt in der Lausitz, wo sich ein Drittel der Befragten gegen den Kohleausstieg ausspricht. Die Ablehnung liegt hier 20 Prozent über der bundesweiten Befragung (14 Prozent). Die Lausitz ist auch die einzige Region, in der den Befragten die Energiewende nicht zu langsam umgesetzt wird. Im Durchschnitt geben die Befragten hier eine neutrale Einschätzung ab. In den anderen Regionen und im bundesweiten Schnitt geht den Menschen die Energiewende zu langsam.

Fragt man in den Regionen danach, wie die Haltung zu den Projekten in der eigenen Kommune wahrgenommen wird, und stellt sie der von den Befragten selbst angegebenen Haltung gegenüber, wird deutlich: Die Ablehnung der Energiewendeprojekte in der Region wird deutlich überschätzt. Die jeweiligen Technologien und Maßnahmen werden überall als umstrittener wahrgenommen, als sie tatsächlich sind (s. Abbildung 8).

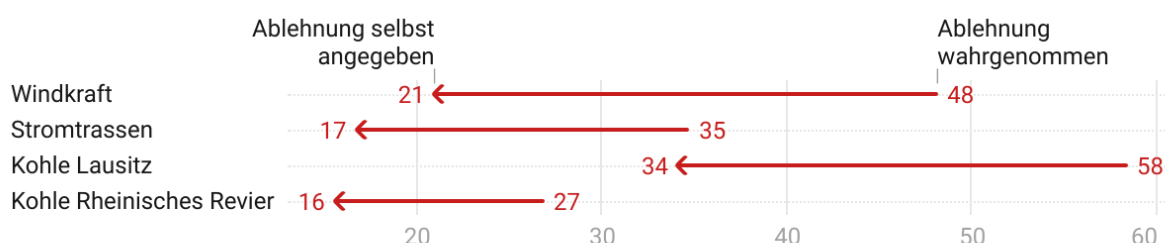


Abbildung 8: Differenz zwischen wahrgenommener und selbst angegebener Ablehnung von Energiewendemaßnahmen in betroffenen Regionen. Regionale Befragungen (N=2.010)

Besonders groß ist die Differenz zwischen der wahrgenommenen und der selbst angegebenen Ablehnung in der Lausitz und in den Windregionen. Fast die Hälfte (48 Prozent) der in einer Windregion Befragten geht davon aus, dass die Mehrheit in ihrem Wohnort gegen die Windkraftanlage ist. Tatsächlich sind es aber nur knapp über zwanzig Prozent, die dagegen sind. In der Lausitz liegen sowohl die wahrgenommene wie auch die angegebene Ablehnung des Kohleausstiegs deutlich über den jeweiligen Werten in den anderen Regionen, einschließlich des Rheinischen Reviers. Fast 60 Prozent nehmen an, dass die Menschen in ihrer Kommune den Kohleausstieg mehrheitlich ablehnen. Unter den Befragten selbst ist dagegen nur ein Drittel gegen den Ausstieg.⁹

Die Überschätzung der Ablehnung von Energiewendeprojekten in der eigenen Region ist nicht zuletzt deshalb ein wichtiger Befund, weil sich Menschen auch an der Meinung anderer orientieren. Wer glaubt, in der eigenen Gemeinde sei ein beachtlicher Teil oder gar die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein konkretes Energiewendeprojekt, wird sich schwerer tun, eine positive oder auch ambivalente Haltung zu äußern. Umgekehrt werden sich Personen, die ein Projekt ablehnen, unter diese Annahme leichter tun, das auch öffentlich zu

⁹ An dieser Stelle ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die Befragungen in den Konfliktregionen nicht als repräsentativ gelten können. Insbesondere wegen der starken Überrepräsentation von Männern und Menschen mit Abitur oder vergleichbarem Abschluss.

äußern. Dies verzerrt dann wiederum die Wahrnehmung, die Gegnerschaft wird dann auch deshalb überschätzt, weil die Gegner lauter sind und sie sich nicht zuletzt deshalb lauter, weil sie sich von der vermeintlichen Mehrheit in ihrer Region getragen fühlen.

Befund 9: In betroffenen Regionen nimmt eine Mehrheit der Bürger:innen Meinungsverschiedenheiten zu Energiewendeprojekten wahr.

Die ganz überwiegende Zahl der Befragten nimmt Meinungsverschiedenheiten zu den Energiewendeprojekten in ihrer Umgebung wahr; nur wenige geben an, keine wahrzunehmen. (s. Abbildung 9). Als konfliktreich werden besonders der Ausbau von Windkraftanlagen und der Kohleausstieg wahrgenommen. In den Regionen, in denen der Ausbau von Überlandstromleitungen geplant ist, kann fast ein Drittel der Befragten nicht sagen, ob es dazu Meinungsverschiedenheiten gibt. Zum Vergleich sind die Zahlen in der bundesweiten Befragung angegeben, für die Personen, die nach eigenen Angaben mindestens eine Energiewendeanlage in ihrer Umgebung haben (das gilt für 1.308 von 2.013 Befragten). Auch hier sagt eine Minderheit, dass das jeweilige Projekt nicht umstritten war und fast zwei Fünftel können nicht sagen, ob es Konflikte gab oder gibt.

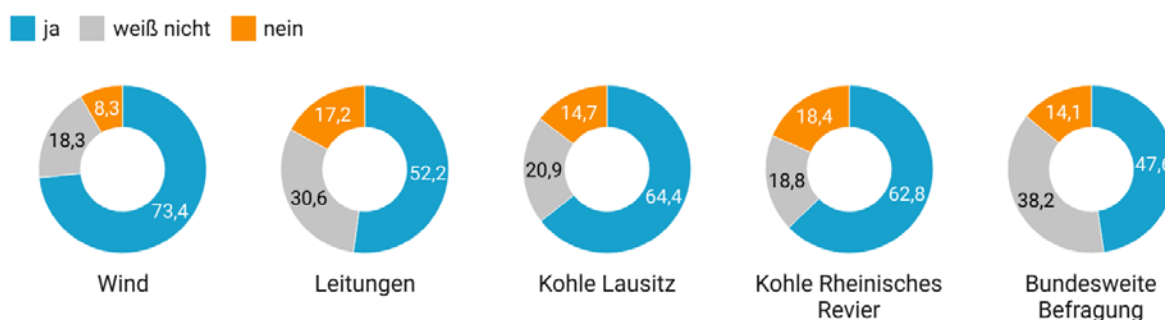


Abbildung 9: Gab oder gibt es Meinungsverschiedenheiten um das Energiewendeprojekt in Ihrer Kommune? Bundesweite und Regionale Befragungen (N=3.326).

Befund 10: Die größten Sorgen: Konflikte bremsen die Energiewende aus und Anliegen werden vor Ort nicht gehört.

Um mögliche Befürchtungen zu erfassen, die die Befragten mit Energiewendekonflikten verbinden, wurden sie nach Ihrer Reaktion auf fünf mögliche Entwicklungen in Deutschland insgesamt (s. Abbildung 10) und in ihrer Kommune gefragt. Ein Fünftel sorgt sich um eine mögliche Störung des Zusammenhalts. Einer gesellschaftlichen Spaltung sieht ein knappes Drittel der Befragten mit Sorge entgegen, ein weiteres Drittel befürchtet das zumindest teilweise. Dass die Anliegen mancher Bürger:innen nicht ernst genommen werden oder dass die Lasten der Energiewende nicht gerecht auf die Kommunen verteilt werden, sorgt deutlich mehr als ein Drittel. Die größte Sorge bereitet den Befragten die Aussicht, die Energiewende könne durch den Widerstand gegen neue Anlagen ausgebremst werden. Diese Sorge teilen zwei Fünftel der Befragten.

■ bereitet mir überhaupt keine Sorgen
 ■ bereitet mir kaum Sorgen
 ■ bereitet mir teilweise Sorgen
■ bereitet mir Sorgen
 ■ bereitet mir große Sorgen
 weiß nicht

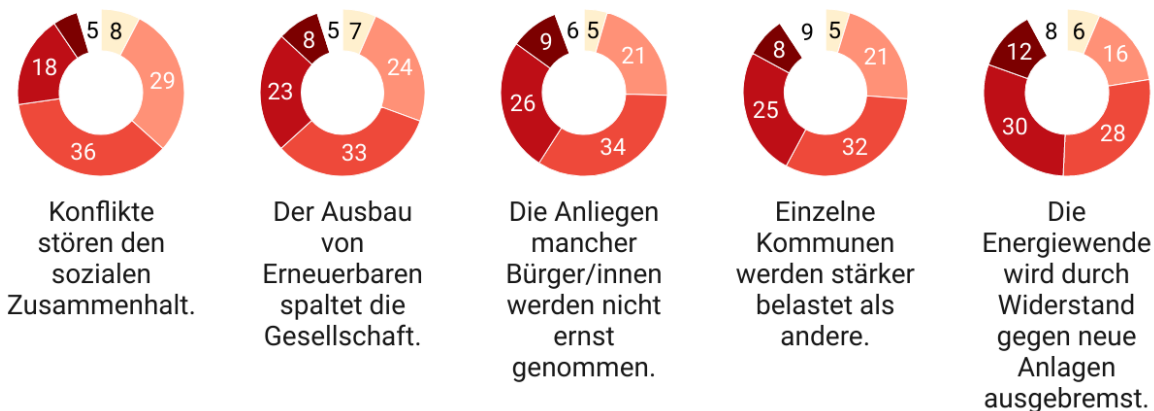


Abbildung 10: Sorgen mit Bezug zu Energiewendekonflikten in Deutschland. Bundesweite Befragung (N=2.013).

Die Sorgen fallen geringer aus, wenn man nach der Situation in der Kommune fragt. Um die 50 Prozent haben kaum oder gar keine Sorge, in ihrer Kommune könne der Zusammenhalt schwinden, die Kommune könne gespalten oder finanziell stärker belastet werden als andere. Vor Ort rangiert die Sorge um das Gehör für Anliegen der Bürger:innen vorne; hier gibt ein Fünftel der Befragten an, diesbezüglich Sorgen oder große Sorgen zu haben. Je näher man an einen lokalen Ort heranzoomt, in dem die Energiewende umgesetzt wird, desto geringer sind also die Befürchtungen, der Zusammenhalt könne durch Konflikte darum schwinden.

4. Fazit: Die Energiewende ist weniger umstritten als gedacht

Die Bevölkerungsbefragung des DEMOKON-Projekts aus dem Frühsommer 2021 unterstreicht: Die Energiewende wird nur von Wenigen grundsätzlich in Frage gestellt. Zugleich wird aber auch deutlich: Nur wenige sind mit der Umsetzung der Energiewende vollauf zufrieden. Eine große Mehrheit wünscht sich ein höheres Tempo und eine stärkere Berücksichtigung dezentraler Lösungsansätze. Verknüpft man die Befürwortung oder Ablehnung der Energiewende und die Bewertung ihrer Umsetzung, entsteht eine komplexere Typologie der Einstellungen zur Energiewende.

So betrachtet unterstützt nur noch jede:r Zehnte die Energiewende in der heutigen Umsetzung. Ihnen stehen gut sechs Prozent der Befragten gegenüber, die die Energiewende ablehnen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung kritisieren. Interessant sind die beiden größten Gruppen: Gut 40 Prozent sind grundsätzlich zwar für die Energiewende, kritisieren aber deren Umsetzung („Unzufriedene“), und gut 43 Prozent sind entweder in ihrer grundsätzlichen Haltung oder mit Blick auf die Umsetzung unentschieden („Ambivalente“).

Die Gründe für eine kritische Haltung zur Umsetzung sind vielfältig. Die Unzufriedenen etwa fordern eine schnellere und dezentrale Energiewende, mehr Beteiligungsmöglichkeiten und eine gerechtere Verteilung der Lasten. Auch die Gegner:innen der Energiewende kritisieren – neben dem in ihren Augen zu hohen Tempo und den zu hohen Kosten – eine mangelnde Beteiligung der Bürger:innen und einen Mangel an sozialer Gerechtigkeit. Dass die Kritik keineswegs auf die Gruppe der Gegner:innen beschränkt ist, zeigt, dass in der Ausgestaltung der Energiewende „Luft nach oben“ ist. Die breite generelle Zustimmung kann nicht als ein Mandat für ein „weiter so“ verstanden werden. Dass sich Gegner:innen und Unzufriedene in der Forderung nach mehr Bürgernähe und nach mehr sozialer Gerechtigkeit einig sind, kann vielmehr als Hinweis gelesen werden, wie die Zufriedenheit mit der Energiewende insgesamt noch deutlich gesteigert werden kann.

Soziodemographische Faktoren wie Bildung, Einkommen oder Geschlecht sowie der Stadt-Land-Unterschied spielen bei der Einstellung zur Energiewende eine eher untergeordnete Rolle, politische Einstellungen und Parteipräferenzen sowie das Alter haben hingegen einen größeren Einfluss. Während die Gruppe der Zufriedenen unter Anhänger:innen der Unionsparteien am stärksten ist, sind die Gegner:innen im Umkreis der AfD überrepräsentiert, Wähler:innen der Grünen und der Linken sowie Jüngere fallen vermehrt in die Gruppe der mit der Umsetzung Unzufriedenen.

In dieser Studie wird erstmals auch nach der Bewertung der Energiepolitik der Bundesländer gefragt. Dabei zeigen sich ehebliche Unterschiede: Die Landesregierungen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erhalten relativ gute Bewertungen, die in Berlin und Thüringen relativ schlechte. Diese Bewertungen sind weitgehend unabhängig von den parteipolitischen Konstellationen in den jeweiligen Regierungen. Die Gründe für die ermittelten Unterschiede bedürfen einer eigenen Untersuchung.

Ein vertiefender Blick auf Regionen, in denen gerade Energiewendeprojekte durchgeführt werden, macht zudem eine Überschätzung der Ablehnung von Energiewendemaßnahmen

deutlich bzw. umgekehrt, dass die Zustimmung zur Umsetzung der Energiewende unterschätzt wird. Die von den Befragten angegebene Ablehnung dieser Projekte fällt durchweg geringer aus als die Einschätzung, wie viele andere Menschen das Vorhaben ablehnen. Wer glaubt, viele oder gar die Mehrheit der Anderen in der Region sei gegen ein Projekt, wird mögliche Vorteile weniger deutlich wahrnehmen und gegebenenfalls auch weniger leicht geneigt sein, die eigene Unterstützung öffentlich zu äußern.

Wer in einer Region lebt, in der es Konflikte gibt, nimmt diese auch eher wahr. Dies gilt für Windkraft und Kohleausstieg stärker als für den Netzausbau. Die Konflikte um die Energiewende sehen die Menschen zum Teil mit Sorge – allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Mit Blick auf die bundesweite Situation ist die größte Sorge, die Energiewende könne durch diese Konflikte ausgebremst werden. In den Konfliktregionen selbst sorgt man sich eher darum, dass die Menschen nicht ausreichend gehört werden.

Insgesamt und grundsätzlich lässt sich auch an dieser Befragung ablesen: Die Themen Klimawandel und Energiewende spielen eine immer größere Rolle in unserer Gesellschaft und sie prägen auch die (partei-) politische Auseinandersetzung stärker als je zuvor – das zeigt sich nicht zuletzt auch im Bundestagswahlkampf 2021. Unsere Befunde zeigen, dass alle Parteien, die Klimaschutz und Energiewende voranbringen wollen, gut daran tun, sich nicht mit allgemeinen Einstellungswerten zur Energiewende zu begnügen, sondern sich verstärkt um Fragen der Umsetzung zu kümmern.

Hier zeigen sich markante Unterschiede von Einstellungen und auch Kritikpunkten in der Bevölkerung, auf die die Parteien eine Antwort finden müssen, wenn sie die Bürger:innen – wie oft betont und auch erforderlich – „mitnehmen“ möchten.

Dass die Debatten vor Ort verzerrt sind und nicht die mehrheitlich zustimmende Haltung abbilden zeigt auch: Es fehlt in den hier untersuchten Konfliktregionen an Gelegenheiten, die Energiewende auch als etwas Positives wahrzunehmen, an dem man selbst Anteil hat. Diese Beteiligung muss nicht nur in Partizipationsverfahren zu Erneuerbare-Energien-Anlagen umgesetzt werden, an denen sich am Ende nur wenige beteiligen (können). Es braucht auch in einem umfassenderen Sinn Gelegenheiten, an einem so bedeutenden gesellschaftlichen Transformationsprozess mitzuwirken.

5. Literatur

- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE). 2021. Akzeptanzumfrage 2020. <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/zustimmung-fuer-den-ausbau-der-erneuerbaren-energien-bleibt-hoch>.
- Beisch, Natalie, und Carmen Schäfer. 2020. „Internetnutzung mit großer Dynamik: Medien, Kommunikation, Social Media“. *Media Perspektiven*, Nr. 9: 462–481.
- Brunnengräber, Achim. 2013. *Klimaskeptiker in Deutschland und ihr Kampf gegen die Energiewende*. FFU-report. Berlin: Forschungszentrum für Umweltfragen. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/20150>.
- Eichenauer, Eva, Fritz Reusswig, Lutz Meyer-Ohlendorf und Wiebke Lass. 2018. „Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen“. In *Bausteine der Energiewende*, herausgegeben von Olaf Kühne und Florian Weber, 633–651. Wiesbaden: Springer VS.
- Fraune, C.; Knodt, M. (2018): Sustainable energy transformations in an age of populism, post-truth politics, and local resistance. *Energy Research & Social Science*, 43(9), 1-7.
- Haas, Tobias. 2020. „Die Lausitz im Strukturwandel: Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung“. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 50 (198): 151–169. <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i198.1853>.
- Hoefl, Christoph, Sören Messinger-Zimmer und Julia Zilles, Hrsg. 2017. *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende: lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. Bielefeld: transcript.
- Marg, Stine, Christoph Hermann, Verena Hambauer und Anna Belle Becké. 2013. „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin“. *Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende*. In *Die neue Macht der Bürger: was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie*, herausgegeben von Franz Walter, Stine Marg, Lars Geiges, und Felix Butzlaff, 94–138. Reinbek: Rowohlt.
- Radtke, Jörg, Weert Canzler, Miranda A. Schreurs und Stefan Wurster. 2019. *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Reusswig, Fritz, Florian Braun, Ines Heger, Thomas Ludewig, Eva Eichenauer und Wiebke Lass. 2016. „Against the Wind: Local Opposition to the German Energiewende“. *Utilities Policy* 41 (August): 214–227. <https://doi.org/10.1016/j.jup.2016.02.006>.

- Reusswig, F., Frantzke, J., Ott, K., Fahrenkrug, K. Braun, F., Michael Melzer, Teike Scheepmaker et al. (2017): Energiekonflikte. Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kerneergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojektes. Potsdam.
- Römer, Daniel, und Johannes Steinbrecher. 2020. KfW-Energiewendebarmeter 2020 Weiterhin hohe Zustimmung, finanzielle Anreize entscheiden über die Aktivität der Haushalte. Frankfurt a. M.: KfW Bankengruppe. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Energiewendebarmeter/KfW-Energiewendebarmeter-2020.pdf>.
- Rubik, Frieder, Ria Müller, Richard Harnisch, Brigitte Holzhauer, Michael Schipperges und Sonja Geiger. 2019. Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und Umweltbundesamt (UBA).
- Sander, Hendrik. 2016. Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. https://digital.zlb.de/viewer/api/v1/records/16282292/files/pdf/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf.
- Setton, Daniela. 2020. Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung. Potsdam: Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS). <https://doi.org/10.2312/IASS.2020.007>.
- Sonnberger, Marco, und Michael Ruddat. 2016. Die gesellschaftliche Wahrnehmung der Energiewende. Ergebnisse einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung. Stuttgart: ZIRIUS Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung. <https://doi.org/10.18419/OPUS-9018>.
- Weber, Florian. 2018. Konflikte um die Energiewende: vom Diskurs zur Praxis. Wiesbaden: Springer VS.
- Wolf, Ingo, Anne-Kathrin Fischer und Jean-Henri Huttarsch. 2021. Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2021. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Potsdam: Kopernikus-Projekt Ariadne. https://ariadneprojekt.de/media/2021/07/210713_soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021_web.
- Zick, Andreas, und Beate Küpper, Hrsg. 2021. Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz.



DOI: 10.48485/pik.2021.005

DEMOKON

Eine Demokratische Konfliktkultur für die Energiewende

Kontakt: www.DEMOKON.de

Das vorliegende DEMOKON-Research Paper 2 wurde von den oben genannten Autor:innen des DEMOKON-Konsortiums ausgearbeitet. Sie spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung des gesamten DEMOKON-Konsortiums oder des Fördermittelgebers Stiftung MERCATOR wider.

Gefördert durch:

STIFTUNG
MERCATOR

Projektkonsortium



POTSDAM-INSTITUT FÜR
KLIMAFOLGENFORSCHUNG



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN



Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences



IASS
POTSDAM
Institut für transformative
Nachhaltigkeitsforschung

INSTITUT
RAUM &
ENERGIE

UNIVERSITÄT
SIEGEN